



Berlin, Dezember 2015

Für eine humanitäre Flüchtlingspolitik

Abstract

Die Beschlüsse des SPD-Bundesparteitags zur Flüchtlingspolitik stehen im Geiste einer Gesellschaft der Vielfalt. Wir nehmen die Herausforderung, vor der unser Land steht, an und begreifen die Aufnahme von Geflüchteten als Chance, unser Zusammenleben solidarischer zu gestalten. Was jetzt zu tun ist, kommt nicht nur den Geflüchteten, sondern der Gesellschaft als Ganzes zu Gute. Zentral sind dabei für uns folgende Punkte:

- Für eine Friedenspolitik im globalen Maßstab sind die Vereinten Nationen unverzichtbar. Die Mitgliedsstaaten müssen umgehend ihre Beitragsrückstände ausgleichen und mehr Mittel zur Unterstützung der Opfer von Konflikten und Naturkatastrophen, aber insbesondere die Hilfen für die Flüchtlingslager in Konfliktregionen bereitstellen. Wir halten an dem Ziel fest, 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungszusammenarbeit zu leisten.
- Der Investitionsstau in Deutschland wirkt sich auch bei der Aufgabenbewältigung einer dauerhaften Integration von Flüchtlingen aus. Zukunftsinvestitionen müssen wir jetzt tätigen, statt sie weiter aufzuschieben. Wir brauchen mehr sozialen Wohnungsbau, massive Investitionen in Kitas und Schulen, sowie einen Ausbau unseres Gesundheitssystems.
- Unser Anspruch: Keine Flüchtlingspolitik nach Kassenlage! Um Ländern und Kommunen die Mittel zur Verfügung zu stellen, die für eine Bewältigung der großen Herausforderungen auch in Zeiten schwierigerer Haushaltslage unbedingt erforderlich sind, müssen wir vorhandene finanzielle Spielräume nutzen und strukturell die Einnahmeseite des Bundes stärken.
- Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist der Schlüssel für Integration. Sie darf aber keinesfalls auf Kosten der bereits hier lebenden Menschen erfolgen. Eine Absenkung von Standards oder Sonderregelungen für Flüchtlinge lehnen wir kategorisch ab. Wir fordern einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der Geflüchteten ebenso wie Langzeitarbeitslosen zu Gute kommt.
- Eine Einschränkung des Familiennachzugs lehnen wir ab. Humanitäre Hilfe und Schutz besonders für Frauen, Kinder und Menschen mit Behinderung muss insbesondere in Erstaufnahmeeinrichtungen gewährleistet werden.

Für eine humanitäre Flüchtlingspolitik

Die weltweit wachsende Anzahl der vor Krieg und Vertreibung, Hunger und Not flüchtenden Menschen stellt Europa und Deutschland vor große Herausforderungen. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekennen wir uns zu einer Willkommenskultur, die von Humanität und Verantwortung gegenüber Menschen in Not geprägt ist und zugleich die Chancen in einer Gesellschaft der Vielfalt erkennt – mit all ihren Veränderungen und Aufgaben.

Fluchtursachen bekämpfen

Neben der Aufnahme, der Versorgung und Integration von Flüchtlingen müssen wir Fluchtursachen vermeiden und bekämpfen – auch und gerade, wenn sie in unserer eigenen Verantwortung liegen.

- „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“ lautet ein bekanntes Zitat von Willy Brandt. Die jüngsten Anschläge von Paris haben erneut gezeigt: Blinder religiöser Fanatismus, Perspektivlosigkeit und fehlende gesellschaftliche Teilhabe sind der Nährboden für Terrorismus. Ungleichheit und Ungerechtigkeit wird in Zeiten neuer Medien für viele Menschen schneller und unmittelbarer wahrnehmbar. Viel zu lange hat die Weltgemeinschaft dem wachsenden Gefälle zwischen Arm und Reich bei gleichzeitig schwindenden Ressourcen zugesehen. Ein sich bereits ankündigender Verteilungskampf wird zu einer weiteren Verschärfung des Armutsgefälles führen. Religiöse Fanatiker werden sich die daraus erwachsende Wut und Hoffnungslosigkeit zunutze machen, wenn es uns nicht rechtzeitig gelingt, mit einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung sowie einer Energie- und Ressourcenwende gegenzusteuern.
- Sowohl der vergangene Irakkrieg als auch militärische Einsätze in Libyen haben zwar die Diktatoren von der Macht entfernt, gleichzeitig aber die für den Demokratieaufbau notwendigen staatlichen Strukturen zerstört. Bürgerkrieg, Rechtsstaatslosigkeiten und damit einhergehend auch Terrorismus sind die Folge. In Syrien kommt hinzu, dass Assad Krieg gegen das eigene Volk führt und gleichzeitig die Terrororganisation IS die Bevölkerung terrorisiert. Zur Bekämpfung von Fluchtursachen in Syrien muss eine weitere Destabilisierung des Landes vermieden werden. Es ist dabei offenkundig, dass ein Weg der Befriedung alle beteiligten Mächte mit einbeziehen muss.
- Die Vereinten Nationen müssen eine Aufwertung erfahren, um in Bürgerkriegen und Krisen staatliche Strukturen stabilisieren zu können. Die jüngere Geschichte zeigt, dass militärische Interventionen von außen nicht selten neue Konflikte entstehen lassen. Den Vereinten Nationen kommt vor diesem Hintergrund eine friedenssichernde Schlüsselfunktion zu. Sie brauchen mehr Mittel und

Kapazitäten, um dieser Rolle gerecht zu werden. Wir erwarten, dass die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen umgehend ihre Beitragsrückstände ausgleichen und die Kapazitäten der Organisation ausweiten.

- Gemeinsam mit den USA, der Europäischen Union, Großbritannien und Japan zählt Deutschland zu den wichtigsten Geberländern für humanitäre Hilfe und hat seine Mittel dafür in den letzten Jahren auf knapp eine Milliarde Euro pro Jahr massiv erhöht. Trotzdem versagt die Weltgemeinschaft immer noch bei der Bereitstellung vergleichsweise geringer Mittel: Für das Jahr 2015 sind nur etwa die Hälfte der notwendigen Ausgaben für humanitäre Hilfe in Syrien und seinen Nachbarländern gedeckt. Das führt zur Kürzung von Nahrungsmittelrationen, fehlender medizinischer Hilfe und schulischer Perspektivlosigkeit. Für das Jahr 2016 veranschlagen die Vereinten Nationen einen Bedarf von 20,1 Milliarden US-Dollar zur Unterstützung der Opfer von Konflikten und Naturkatastrophen. Deutschland muss sich vehement dafür einsetzen, dass dieser Bedarf gedeckt werden kann und die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen. Denn humanitäre Hilfe trägt dazu bei, Konflikte zu mindern, indem sie Menschen in Not ihre Existenz sichert und ihnen eine Zukunftsperspektive bietet.
- Entwicklungspolitik alleine beseitigt keine Fluchtursachen. Sie leistet aber einen zentralen Beitrag, um die Gründe für Flucht und Migration zu verringern. Deshalb wollen wir die Entwicklungspolitik ausbauen und die entwicklungspolitische Kohärenz stärken. Deutschland muss umgehend seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen, 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungszusammenarbeit zu leisten. Dies wurde unter der schwarz-gelben Bundesregierung schlichtweg ignoriert. Trotz einer durch die Große Koalition eingeleiteten Umkehr leistet Deutschland bis heute nur die Hälfte der genannten Verpflichtungen. Um Staatszerfall und Fragilität von staatlichen Institutionen zu begegnen, müssen die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, guter Regierungsführung und Menschenrechten als Teil der Entwicklungszusammenarbeit ausgebaut werden. Wir brauchen einen dauerhaften Haushaltsanstieg für den Zivilen Friedensdienst.
- Die Unterfinanzierung des UNHCR und der Flüchtlingslager im Libanon, in Jordanien und in der Türkei muss dringend durch kurzfristige Sonderzahlungen beendet werden. Mittelfristig braucht es reguläre und bedarfsgerechte Budgetzuweisungen. Hierfür steht beispielhaft das Engagement der Bundesregierung unter Frank-Walter Steinmeier. Zwischenzeitlich hat die EU-Kommission zur Verbesserung der Lebensbedingungen einen Hilfstopf mit 3 Mrd. Euro für Syrien-Flüchtlinge in der Türkei eingerichtet. Zusätzlich müssen in den an Syrien grenzenden Nachbarstaaten und den dortigen Flüchtlingslagern Perspektiven durch Schul-, Aus- und Fortbildungsangebote geschaffen werden.

- Humanitäre Hilfe muss sich vorrangig um besonders verletzte Gruppen kümmern - um Frauen, Kinder, Kranke, alte und traumatisierte Menschen. Allein 7,7 Millionen Kinder in Syrien und in den Nachbarstaaten benötigen dringend Hilfe. Sie laufen Gefahr, eine verlorene Generation zu werden, die in Not und ohne Bildung aufwächst. Ohne humanitäre Basisleistungen und ohne Zukunftsperspektive erscheint Flüchtlingen der Weg nach Europa umso verlockender. Flucht und Vertreibung hinterlassen in den Herkunftsländern große Lücken, die eine weitergehende Destabilisierung bewirken. Für die zurückbleibenden Menschen steigert dies die Not und verschärft die Fluchtursachen. Solange in Konfliktregionen ein dauerhafter Waffenstillstand und Frieden nicht in Sicht sind, fällt der ausreichend finanzierten und professionell umgesetzten humanitären Hilfe eine entscheidende Rolle zu. Sie kann dazu beitragen, den Menschen trotz ihrer traumatischen Kriegserfahrung ein menschenwürdiges und zukunftsorientiertes Leben zu ermöglichen und dadurch den Migrationsdruck abschwächen.
- Bürgerkriegszustände werden häufig durch die Verfügbarkeit von immer mehr Waffen genährt und angefacht. Waffenlieferungen in Krisengebiete oder krisengefährdete Gebiete sowie an Unrechtsregime lehnen wir entschieden ab. Waffenlieferungsverträge müssen so ausgestaltet werden, dass in Orientierung an rechtlichen Ausschlussgründen jederzeit ein schadenersatzfreier Auslieferungs-Stopp von Waffen möglich ist. Mit externen Prüfmechanismen muss sichergestellt werden, dass Waffen nicht an Dritte gelangen.
- Ebenfalls zur Vermeidung von Fluchtursachen muss die Völkergemeinschaft auf mehr Teilhabe und Gerechtigkeit im Rahmen weltweiter Handelsbeziehungen hinwirken und diese an den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung ausrichten. Wir fordern eine faire Welthandelsordnung, die Entwicklungs- und Schwellenländern eine gleichberechtigte Teilhabe am Welthandel ermöglicht, sowie gute Arbeitsbedingungen und existenzsichernde Löhne weltweit. Wesentlich ist dabei auch der soziale Basisschutz für alle, um gerade in ärmeren Gesellschaften soziale Unsicherheiten zu reduzieren. Die von den industrialisierten Staaten dominierte Weltwirtschaft begründet oder verschärft vielerorts Krisen und Verarmung. Wir setzen uns für einen nachhaltigen Welthandel und eine entsprechende Ausrichtung der europäischen Handelspolitik ein. Im Lichte der neuen 2030-Agenda müssen wir uns auf den Weg zu einer Transformation zu nachhaltigem Wachstum machen.
- Eine der wesentlichen Ursachen für gestiegene und eventuell weiter steigende Flüchtlingszahlen in und um Europa sind Kriege und Bürgerkriege. Deutschland genießt in vielen Fällen bei mehreren oder allen Konfliktparteien einen Ruf als "ehrlicher Makler" und kann daher seine diplomatischen Fähigkeiten einsetzen, um über Verhandlungen zunächst Waffenstillstände zu erreichen und damit die wichtigste Voraussetzung dafür zu schaffen, dass Menschen nicht fliehen müssen,

weil sie um ihr Leben fürchten. Waffenstillstände sind die Voraussetzung für politische Lösungen der ursprünglichen (z.B. sozialen) und der während der Kriegs- oder Bürgerkriegsphase zusätzlich entstandenen (z.B. ethnischen oder religiösen) Konflikte. Durch eine geschickte Kombination von Konfliktbearbeitung und Wiederaufbauhilfe können Flüchtlinge aus Nachbarländern in ihre Heimat zurückkehren, statt vor der Wahl zu stehen, in perspektivlosen Flüchtlingslagern zu bleiben oder in andere Länder weiter zu fliehen. Hierzu gehört auch die konsequente Umsetzung der UN-Resolution 1325, die eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen verlangt und zu deren Umsetzung sich Deutschland mit einem nationalen Aktionsplan verpflichtet hat.

- Wir brauchen eine auf Klima- und Umweltschutz angelegte Entwicklungspolitik. Denn die Klimaerwärmung und die damit verbundene Verschlechterung der Lebensbedingungen in vielen Regionen erhöhen den Migrationsdruck. Nach einer Studie des Norwegischen Flüchtlingsrats haben die Folgen von extremen Wetterereignissen im Jahr 2013 dreimal so viele Menschen um ihre Existenzgrundlage gebracht wie Konflikte. 22 Millionen Menschen wurden so aus ihrer Heimat vertrieben. Dabei waren Entwicklungsländer besonders betroffen. Durch den fortschreitenden Klimawandel ist in den kommenden Jahren mit immer extremeren Wetterereignissen zu rechnen. Die Einigung von Paris muss konsequent umgesetzt werden, damit eine Begrenzung der Klimaerwärmung auch wirklich gewährleistet wird. Darüber hinaus muss Deutschland darauf drängen, dass die Beschlüsse zur Finanzierung des Ausgleichs für Verlust und Schäden durch den Klimawandel umgesetzt werden. Zugleich ist Auftrag unserer Entwicklungspolitik, Antworten darauf zu geben, wie Energiearmut ohne weitere Klimabelastungen überwunden werden kann. Wir brauchen erneuerbare Energien für alle.

Präventive Informationspolitik

Von entscheidender Bedeutung für die Frage der Geschwindigkeit und des Umfangs der jetzigen Flüchtlingsbewegung ist vor allem Kommunikation. Wir müssen mehr über die wirklichen Gründe erfahren, warum und mit welchen Motiven die Menschen sich ausgerechnet jetzt auf den Weg machen. Dazu gehört auch, zu hinterfragen, wie das, was sie hier in Deutschland erwartet in den sozialen Medien dargestellt wird und welche utopischen Versprechungen von Schlepperorganisationen gemacht werden.

Umgekehrt muss von deutscher Seite durch entsprechende Nutzung der Kommunikationsmöglichkeiten im Internet, in deutschen Auslandsvertretungen, durch nationale Regierungen und deutsche Sender im Ausland verstärkt darauf hingewiesen werden, was Flüchtlinge in Deutschland realistischer Weise erwartet.

Legale Einwanderungswege schaffen

Unser Ziel ist, auf Grundlage der Menschenrechte legale und sichere Zuwanderungswege nach Europa zu öffnen. Diese Öffnung muss mit einer nachhaltigen Einwanderungs-, Arbeitsmarkt- und Bevölkerungspolitik flankiert werden, die alle EU-Mitgliedsstaaten gemäß ihrer Leistungsfähigkeit einbezieht. Bislang fehlen in der Asyl-, Flüchtlings- und Grenzschutzpolitik der Europäischen Union gesetzeskonforme und sichere Möglichkeiten für Schutzsuchende, die EU-Mitgliedstaaten zu erreichen. Ein besonderes und vorrangiges Augenmerk ist dabei auf Frauen, Schutzbedürftige und Kinder zu legen, die auch außerhalb der Familienzusammenführung ungefährdet nach Europa gelangen können müssen.

Menschenschmugglern und kriminellen Banden müssen wir durch eine Stärkung von Frontex und der Missionen Poseidon und Triton sowie eine schnellere Überstellung an die Justiz entschieden entgegenzutreten. Eine geregelte und sichere Einreise von Flüchtlingen kann nur dadurch gelingen, dass Registrierung und Verteilung zum wechselseitigen Vorteil gereichen. Die EU sollte hier stärker eingebunden werden und die zentrale Registrierung auch über die sogenannten Hotspots hinaus übernehmen. Eine Stärkung des Europäischen Unterstützungsbüros EASO kann hier unterstützend wirken: Einerseits bei der zentralen Registrierung und andererseits, um Zugänge zu europäischen Fördermitteln zu erleichtern. Bei dem Ziel, eine intensivere Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der EU zu erreichen, müssen wir unseren europäischen Werten gerecht werden. Der Beitrittsprozess darf hierbei nicht instrumentalisiert werden.

Der Schutz und die Rechte, die unser Grundgesetz politisch Verfolgten zugesteht, dürfen unter keinen Umständen angetastet werden. Sie gelten für alle politisch Verfolgten, die bei uns Schutz suchen - eine Obergrenze gibt es nicht. Zusätzlich benötigen wir aber ein Einwanderungsgesetz, das auch durch Kontingentierung eine kontrollierte Einwanderung erlaubt und damit angelehnt an die Rechtsgrundlagen in modernen Einwanderungsgesellschaften den Auswanderungsdruck in Herkunftsländern mindert, indem es sichere und berechenbare Migration gestaltet.

Eine humane Asylpolitik ist die Voraussetzung für eine humane Flüchtlingspolitik: Ein großer Erfolg der jetzigen Koalition war die Gewährung des Familiennachzugs auch für subsidiär Geschützte. Letztes Jahr erhielten rund 1700 Menschen subsidiären Schutz. Die Aussetzung des Familiennachzugs für diese Gruppe treibt insbesondere Frauen und Kinder in die Fänge von Schleusern. Den Plan des BMI, Einzelfallprüfung vorzunehmen, um mehr Menschen nur als subsidiär Schutzbedürftige einzustufen zu können, lehnen wir ab. Asylverfahren werden dadurch insgesamt verlangsamt. Außerdem ist absehbar, dass sich nach der Einführung einer solchen Regelung viele Familien gemeinsam auf die gefährliche Flucht über die Ägäis begeben würden.

Asylsuchende ohne Papiere dürfen nicht einem beschleunigten Asylverfahren ausgesetzt werden, denn dies würde einen beträchtlichen Teil der Antragssteller völlig unberechtigt mit allen Konsequenzen betreffen: Es liegt in der Natur politischer Verfolgung, dass die Betroffenen oft gezwungen sind, den sie verfolgenden Staat ohne gültige Dokumente zu

verlassen, z.B. weil dort keine funktionierenden Strukturen existieren, um gültige Papiere erhalten zu können. Bei den Zielgruppen für das beschleunigte Verfahren müssen besonders schutzbedürftige Gruppen (Traumatisierte und Minderjährige) ausdrücklich ausgenommen werden.

Die beabsichtigte finanzielle Beteiligung der Asylbewerber an den Kosten für Integrationskurse lehnen wir ab. Ein Eigenbeitrag stellt für viele eine Hürde dar, Sprachkurse zu besuchen und erschwert damit die Integration. Zudem wäre der zu erwartende Verwaltungsaufwand um ein Vielfaches höher als der Ertrag.

Chancen für alle

Zuwanderung, auch von Flüchtlingen, birgt neben den zu leistenden Integrationsaufgaben für unsere Gesellschaft große Chancen. Das Ehrenamt hat im vergangenen Jahr eine neue Dimension erhalten. Unser ausdrücklicher Dank gilt allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Sie leben Menschlichkeit und füllen unsere Werte mit realen Taten. Unsere Gesellschaft erhält für eben diese Leistungen international hohe Anerkennung. Die Kommunikation über die vor Ort geleistete Arbeit eröffnet neue Zugänge zu gesellschaftlicher Teilhabe und zur Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwesen. Das Ausmaß und die Intensität des ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe hat einmal mehr verdeutlicht, wie wertvoll bürgerschaftliches Engagement für unsere Gesellschaft ist.

Der Ruf nach Zuwanderungsgrenzen für Flüchtende oder gar Zäunen weist dagegen in eine Sackgasse der Entsolidarisierung, der Verleugnung humanitärer Pflichten eines Sozialstaates sowie Verkennung des kulturellen Wertes und der Chancen von Zivilgesellschaften. Verweigerter Humanität hat eine vergiftende Ausstrahlungswirkung in die gesamte Gesellschaft hinein.

Komplexe Probleme erfordern komplexe Lösungen. Wer Obergrenzen fordert, obwohl völlig klar ist, dass diese weder rechtlich noch tatsächlich eingehalten werden können, gaukelt Scheinlösungen vor. Die jüngere Geschichte lehrt uns: Abschottung vermindert keine Flüchtlingsströme, sondern verlängert Fluchtwege und fordert Menschenleben – zuallererst die der Schwächsten. Weder mit Abschottung noch mit verweigerter Hilfe können wir die Werte, für die unser Land und für die Europa steht, erhalten.

Menschen, die vor Bürgerkriegen fliehen, verlassen zumeist unfreiwillig ihr Land. Dennoch ist für viele von ihnen mit einem längeren, wenn nicht gar dauerhaften Aufenthalt im Aufnahmeland zu rechnen. Die Integrationsaufgaben sind vielfältig und langfristig und betreffen alle Lebens- und Arbeitsbereiche.

Schnelle Integration in den Arbeitsmarkt

Geflüchtete müssen so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt integriert werden. Grundlegendes Prinzip muss dabei sein, dass dies nicht in Konkurrenz zu deutschen Arbeitskräften geschieht - das wäre fatal für die Unterstützung der Bevölkerung in der Flüchtlingspolitik und würde die Fundamente des Wohlstands in Deutschland gefährden, für den Gute Arbeit und gute Bezahlung unverzichtbar sind. Wir lehnen daher Ausnahmen für Flüchtlinge beim Mindestlohn und bei den geltenden Regelungen für Werkverträge und Leiharbeit sowie die Senkung von Standards für bestimmte Gruppen entschieden ab. Ziel muss stattdessen eine Gleichbehandlung mit besonderer Berücksichtigung von fluchtbedingten und herkunftsbedingten Hindernissen und eine entsprechend ausgerichtete Förderung für Flüchtlinge sein.

In Deutschland gibt es einen stabilen Anteil von Langzeitarbeitslosen, der trotz vielfältiger Bemühungen bisher nicht in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden konnte. Gerade diese Menschen dürfen wir angesichts der in den Arbeitsmarkt zu integrierenden Flüchtlinge nicht aus dem Blick verlieren und müssen sie weiterhin in unsere Bemühungen einbeziehen. Zu diesem Zweck fordern wir die Einrichtung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, der Langzeitarbeitslosen wie auch Flüchtlingen eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt ermöglichen kann, solange ein Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt nicht erreicht wird.

Die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt wird die Kräfte der Bundesagentur für Arbeit und Jobcenter für lange Zeit stark beanspruchen. Außer einer finanziellen Unterstützung und besserer personellen Ausstattung der zuständigen Stellen erachten wir es daher als wichtig, bisherige Sanktionsregime zu überprüfen und das Augenmerk in Zukunft mehr auf den Aspekt der Förderung zu legen. Dies würde den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BA ermöglichen, einen weit größeren Teil ihrer Zeit für die direkte Eingliederungsförderung zu verwenden, als dies bisher der Fall war. Es würde auch eine Entlastung der Langzeitarbeitslosen bewirken und gerade auch in diesen Kreisen die Akzeptanz der Flüchtlingspolitik fördern.

Die schnelle Integration von Geflüchteten in Gesellschaft und Arbeitsmarkt ist hochgradig abhängig von der Verwirklichung folgender Maßnahmen:

- Sprachförderung, die stets mit Arbeitsmarktintegration zusammengedacht werden muss;
- Rechtssicherheit durch ein garantiertes Bleiberecht während der Berufsausbildung und darüber hinaus;
- Anerkennung von bereits erworbenen Abschlüssen;
- Abschaffung der Vorrangprüfung unter Beibehaltung der Prüfung der Arbeitsbedingungen;
- Zugang zu Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, auch zum Nachholen von Abschlüssen;
- Vernetzung der Angebote der Arbeitsmarktintegration, etwa wie in NRW durch zentrale „Integration-Points“ oder ein „Welcome-Center“ und zur Vermeidung

von Reibungsverlusten bei einem Rechtskreiswechsel, etwa zwischen SGB III (Agenturen für Arbeit) und SGB II (Jobcenter);

- geförderter Zugang für Frauen zu allen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen;
- Berücksichtigung der besonderen Belange von Geflüchteten mit Behinderungen durch Zugang zu den Maßnahmen zur Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarktes (z. B. unterstützte Beschäftigung, assistierte Ausbildung etc.);
- spezielle Schulung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agenturen für Arbeit und Jobcenter, um eine qualifizierte Beratung und Vermittlung zu gewährleisten.

Langfristig brauchen wir ein modernes und transparentes Einwanderungsgesetz. Oft ist das Asylverfahren der einzige Weg nach Deutschland – leider nicht immer der richtige. Deshalb brauchen wir andere legale Möglichkeiten der Zuwanderung.

Zukunftsinvestitionen nicht länger aufschieben

Deutschland verzeichnet seit Jahren einen Investitionsstau. Laut Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) haben die Kommunen einen Investitionsrückstand von 132 Milliarden Euro. Dies wirkt sich auch bei der Aufgabenbewältigung einer dauerhaften Integration von Flüchtlingen aus.

Das Investitionsloch, welches bereits jetzt aufklafft, wird nun noch größer werden. Zwar hat der Bund sich bereit erklärt, die Länder und Kommunen mit 670 Euro pro Flüchtling pauschal zu unterstützen, der Deutsche Städtetag rechnet aber mit Kosten von bis zu 1000 Euro pro Flüchtling, die auf Städte und Gemeinden zukommen. Mit diesem Geld sollen kurzfristige Aufgaben, wie Erstunterbringung, medizinische und psychologische Betreuung sowie die langfristige Integration durch Bildung, Arbeit und eine eigene Wohnung finanziert werden.

Wenn wir die Herausforderung der Integration von Flüchtlingen ernst nehmen und für die gesamte Gesellschaft unsere Politik so gestalten wollen, dass die Akzeptanz unserer Flüchtlingspolitik erhalten bleibt und steigt, müssen wir in folgenden Bereichen finanzielle Schwerpunkte setzen:

Sozialer Wohnungsbau

Es ist der SPD zu verdanken, dass Sozialer Wohnungsbau für die kommenden Jahre mit insgesamt weiteren 2 Mrd. Euro bzw. jährlich zusätzlichen 500 Mio. Euro gefördert wird. Das ist ein gutes Signal, reicht aber unter den neuen Umständen nicht aus. Länder und Kommunen müssen stärker unterstützt werden, um den Neubau von Sozialwohnungen zu betreiben. Ebenso muss der Bund unterstützend wirken, wenn Kommunen den jahrelang zurückgefahrenen öffentlichen Wohnungsbestand wieder aufstocken. Der Bund kann auch hier unterstützend eingreifen, indem die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) angewiesen wird, Immobilien, die für soziale Zwecke genutzt werden sollen, nicht mehr zum Höchstpreis anzubieten, sondern den Kommunen Vorkaufrechte einzuräumen, um dringend benötigten Wohn- und Sozialraum zu schaffen.

Bildung

Wie auf dem Wohnungs- und dem Arbeitsmarkt so gilt auch für den Bildungssektor, dass eine Bildungspolitik, die die Herausforderung durch die Flüchtlingszahlen annimmt, der Gesellschaft als Ganzes zugutekommt.

- Gestiegene Flüchtlingszahlen bedeuten auch, dass mehr Kita-, Schul-, Hochschul- und Volkshochschulplätze von Ländern und Kommunen insgesamt bereitgestellt werden müssen.
- Das Kooperationsverbot im Bildungsbereich muss schnellstmöglich und vollständig aufgehoben werden, sodass sich der Bund an Investitionen im Bildungsbereich beteiligen kann.
- Es sind massive Investitionen in Bildung notwendig, sowohl für mehr Personal als auch für Neubauten, Umbauten und Sanierungen von Gebäuden.
- Von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenen- und Berufsbildung müssen wir alle Bereiche ausbauen, um schon bisher bestehende Defizite abzubauen und erst Recht die Anforderungen durch die Flüchtlingszahlen bewältigen zu können.
- Schul- und Jugendsozialarbeit müssen gestärkt werden.

Um eine gesamtgesellschaftliche Integration zu ermöglichen, ist der Spracherwerb der entscheidende Schlüssel. Für Kinder ist dies insbesondere über Kitas und Schulen zu leisten, für Erwachsene über ein bedarfsgerechtes Angebot an Sprachkursen. Hierbei muss sichergestellt werden, dass Frauen in gleichem Maße Zugang zu Sprachkursen und zum Arbeitsmarkt erhalten wie Männer – fehlende Kinderbetreuung darf kein Hindernis sein. In den EU-Mitgliedsstaaten müssen die Zugänge der Flüchtlinge zu Erziehung, Bildung, Sprachunterricht und die Teilnahme an aktiven Beschäftigungsprogrammen einander angeglichen werden.

Gesundheit

Eine umfassende Gesundheitsversorgung von Geflüchteten ist ein Gebot der Menschlichkeit. Sie ist gleichzeitig unbedingt notwendig, da die frühzeitige Behandlung mögliche Folgeschäden für die Betroffenen, andere Geflüchtete und die einheimische Bevölkerung minimiert. Für die medizinische Erstversorgung sind weiterhin die Bundesländer zuständig. Diese sind tendenziell damit überlastet und benötigen daher dringend die finanzielle und logistische Unterstützung des Bundes. Im Bereich der Gesundheitspolitik sind für uns folgende Punkte entscheidend:

- Die Erstuntersuchung muss so schnell wie möglich nach der Ankunft in Deutschland erfolgen.
- Menschen, die bei uns Schutz suchen, benötigen einen umfassenden Gesundheits-Check. Hierzu muss in den Erstaufnahmen sowie in den Kommunen mit Notunterkünften ein vom Bund koordiniertes kleines Gesundheitszentrum errichtet und finanziert werden. Dieser Einsatz in den bislang insgesamt bundesweit rund 40 Erstaufnahmen garantiert eine flächendeckende Versorgung und dient auch dem Schutz der deutschen Bevölkerung.

- Fahrbare Röntgengeräte mit hierfür ausgebildeten Teams müssen vom Bund koordiniert eingesetzt werden. Der Bund muss auch die Organisation und Verteilung von Impfstoffen koordinieren.
- Insbesondere der Einsatz von Psychotherapeuten ist wichtig und muss flächendeckend erfolgen.
- Es muss ein E-Learning Programm für ehrenamtliche Mitarbeiter_innen vom Bund finanziert werden, um ihnen eine Schulung im Umgang mit traumatisierten Geflüchteten zu ermöglichen.
- Die geplanten amtsärztlichen Untersuchungen zur Attestierung von Abschiebefähigkeit lehnen wir ab. Hier muss die derzeitige Regelung weiter gelten.
- Die beim Bundesinnenministerium angesiedelte Task Force muss vom Bundesgesundheitsministerium unterstützt werden.
- Alle Bundesländer werden dazu angehalten, die Gesundheitskarte für Geflüchtete bereitzustellen.
- Medizinischem Fachpersonal unter den Geflüchteten muss der Zugang zu einer Tätigkeit im deutschen Gesundheitswesen erleichtert werden.
- Der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) der Länder muss wieder gestärkt werden.

Keine Flüchtlingspolitik nach Kassenlage

Die Integration der Geflüchteten und Schutzsuchenden ist eine entscheidende Aufgabe unserer Generation. Um die großen Herausforderungen bewältigen, vor allem aber die Chancen der Zuwanderung nutzen zu können, müssen auch die finanziellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Unser Anspruch: Keine Flüchtlingspolitik nach Kassenlage! Die Menschen, die zu uns kommen, dürfen nicht zu einer verlorenen Generation für unser Land werden.

Die Schritte im ersten sogenannten Asylpaket reichen bei weitem nicht aus. Länder, Städte und Kommunen brauchen neben kurzfristigen Krisenplänen jetzt vor allem langfristige Konzepte und finanzielle Sicherheit - auch für Zeiten, in denen sich die allgemeine Haushaltslage verschlechtert. Dafür müssen wir Vorsorge treffen und strukturell wie dauerhaft die Einnahmeseite des Staates stärken. Bund und Länder sind aufgefordert, mutig alle Instrumente - auch im Rahmen der laufenden Verhandlungen über eine Neuordnung der Finanzbeziehungen - ohne Scheuklappen und Denkverbote zu diskutieren. Wir wissen, dass viele Länder ihre Möglichkeiten zur Einnahmesteigerung bereits ausgeschöpft haben. Unerlässlich ist deshalb auch eine gerechte Verteilung der Ausgaben zwischen Bund und den Ländern und Kommunen.

Die Schuldenbremse und die „schwarze Null“ engen unsere Gestaltungsspielräume künstlich ein. Schon die Schuldenbremse gibt dem Bund einen Spielraum, der nicht ausgeschöpft wird; besonders hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften werden nach wie vor nicht genug zur Finanzierung der Aufgaben herangezogen. Viele Vorschläge für eine auskömmliche Finanzierung unseres Gemeinwesens liegen seit langem auf dem Tisch. Jetzt brauchen wir einmal mehr den Mut, sie auch umzusetzen.

Die Verschuldungsspielräume der bestehenden Schuldenbremse müssen im Zweifel voll ausgenutzt werden, wenn es dazu dient, in die Zukunft des Landes zu investieren. Eine gerechte Besteuerung über eine Erbschaftssteuer, die Abschaffung der Abgeltungssteuer und eine Vermögenssteuer trägt dazu bei, die staatlichen Institutionen so finanziell auszustatten, dass sie ihren Aufgaben für die Integration von Geflüchteten nachkommen können.

Hilfe und Schutz für Frauen und Kinder

Die besondere Schutzbedürftigkeit von geflüchteten Frauen und Kindern wird bisher nicht gewährleistet. Die sog. EU-Aufnahmerichtlinie sieht für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge entsprechende Mindeststandards vor. Obwohl die Richtlinie bereits bis Ende Juli 2015 hätte in nationales Recht umgesetzt sein müssen, weigert sich die Union, dieser Verpflichtung nachzukommen. Damit verweigert sie Frauen und Kindern den notwendigen Schutz.

Insbesondere in Erstaufnahmeeinrichtungen und Sammelunterkünften müssen Frauen und Kinder geschützt untergebracht werden. Dazu gehören

- getrennte und abschließbare Sanitäreinrichtungen für Frauen;
- Informationen über vorhandene Hilfesysteme;
- spezielle Ansprechpartner_innen und Beratungsangebote für Frauen mit Gewalterfahrung;
- Zugang zu Hilfesystemen unabhängig von einer etwaigen Residenzpflicht;
- Geltung des Kinderschutzgesetzes auch in Sammelunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen;
- Schulung und Sensibilisierung ehren- und hauptamtlicher Mitarbeiter_innen im Hinblick auf den Umgang und die Unterstützung von traumatisierten Frauen und Kindern;
- Ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen, die häuslicher Gewalt ausgesetzt sind;
- Sicherstellung der Finanzierung des Aufenthalts im Frauenhaus.

Geflüchtete mit Behinderungen im Blick behalten

Unter den zahlreichen Flüchtlingen, die bei uns Schutz suchen, sind auch Menschen mit Behinderungen. Gerade für diese Menschen stellt die Flucht ein ganz besonderes Risiko dar. Sie müssen daher als ganz besonders schutzbedürftig gelten und frühzeitig Zugang zu Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten.

Darüber hinaus sind zur Integration sowie zu einem menschenwürdigen Umgang von und mit Flüchtlingen mit Behinderungen folgende Maßnahmen notwendig:

- massive Verbesserungen bei den Gesundheitsleistungen: Anspruch auf medizinische Regelversorgung und psychosoziale Beratung und Betreuung;

- Abbau von Barrieren, z.B. die Einrichtung barrierefreier Erst- und Flüchtlingsunterkünfte sowie die Bereitstellung von Dolmetschern;
- Zugang zu den Maßnahmen zur Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarktes (z.B. unterstützte Beschäftigung, assistierte Ausbildung);
- spezielle Schulung für Mitarbeiter_innen der Agenturen für Arbeit.

Bürgerschaftliches Engagement stärken

In der überwältigenden Hilfsbereitschaft weiter Teile der Bevölkerung offenbart sich ein Schatz, den wir als Gesellschaft nicht verschleudern dürfen, sondern der gepflegt und bewahrt werden muss. Auch dies ist ein Punkt, an dem wir durch die Zuwanderung für die Zukunft der gesamten Gesellschaft etwas Wichtiges bewirken können, denn diese Hilfsbereitschaft wird auch in Zukunft uns allen zugutekommen. Nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch die Helferinnen und Helfer brauchen unsere volle Unterstützung.

Wir brauchen schnell eine klare Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft, sowie eine reibungsfreie Koordination der aufeinander aufbauenden Verfahrensschritte. Benötigt wird außerdem ein großzügig ausgestatteter Bundesfonds für Engagementförderung in der Flüchtlingshilfe, aus dem Helferinitiativen, Vereine und Wohlfahrtsverbände mittels unbürokratischem Antragsverfahren Gelder für notwendige und sinnvolle Aufwendungen im Rahmen der Flüchtlingsversorgung und -betreuung erhalten können.

Wir empfehlen, ein Angebot an Supervision für Helferinnen und Helfer in der Flüchtlingsbetreuung bereit zu halten. Hierzu sollen bewährte Träger aus der Flüchtlingshilfe zusätzliche Mittel erhalten, um ihre Kapazitäten deutlich auszubauen. Darüber hinaus sind Kulturdolmetscher notwendig. Das gelingt in erster Linie mit Hilfe der vielen Ehrenamtlichen, die sich um die Flüchtenden kümmern. Sie brauchen dabei Unterstützung. Wir unterstützen daher den Vorschlag der Malteser, einen Dienst „Integrationslotsen“ aufzubauen und hierfür bundesweit hauptamtliche Koordinator_innen zu bestellen.

Menschen sind uns so lange fremd, bis wir sie kennenlernen. Wir fordern deshalb die Auflegung eines Bundesprogramms „Orte der Begegnung“, das neben Projektförderungen auch Strukturförderung vorsieht. Denn Ehrenamt braucht auch Hauptamt.

Schließlich erwarten wir eine klare Haltung gegen Rassismus und Islamfeindlichkeit. Hierzu fordern wir eine lückenlose Anwendung unserer rechtstaatlichen Mittel zur Bekämpfung rechter und rassistischer Gewalt. Wir erwarten im medialen, politischen und gesellschaftlichen Diskurs eine Sprache, die auf negative Verallgemeinerungen verzichtet, Probleme, Aufgaben und Herausforderungen sachlich beschreibt und vor allem die Menschen mit ihren Rechten und ihren Schicksalen ins Zentrum des Blickfeldes setzt.

Mit dieser Politik aus einem Guss für alle Politikfelder werden wir nicht nur die Herausforderung durch die Flüchtlinge meistern, sondern die Zukunft der ganzen Gesellschaft in einem humanitären Sinne positiv gestalten.